

## Auftrag EVP-Fraktion betreffend verbesserte Steuerung des städtischen Finanzhaushaltes

---

Eingereicht am 22. Juni 2009

### Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass

1. wichtige Finanzdaten (Finanzbedarf für Investitionsvorhaben und geplante wiederkehrende Ausgaben innerhalb der Finanzzuständigkeit des Stadtrates, grössere Abweichungen gegenüber dem Voranschlag, etc.) die für die strategische Steuerung des Finanzhaushaltes erforderlich sind, rechtzeitig vor der Budgetierung, aktualisiert und mit den notwendigen Detailinformationen dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden.
2. sämtliche Vorlagen zu Händen des Stadtrates, welche einen Finanzentscheid enthalten, darüber Auskunft geben, ob die zu bewilligenden Finanzen im Voranschlag enthalten sind, deren Auswirkungen auf den Finanzplan und ihren Bezug zur NPM-Struktur.
3. periodische Treffen mit den Fraktionen für eine Verbesserung des Informationsaustausches im Finanzbereich zwischen Gemeinderat und Stadtrat in geeigneter Form (Arbeitsgruppe, nichtständige Kommission oder ähnliche Plattform) institutionalisiert werden.

### Begründung

Die städtische Finanzplanung der letzten Jahre weist u.E. erhebliche strukturelle Mängel auf. Die Versäumnisse bei notwendigen Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten, der konsequente Schuldenabbau der letzten Jahre und die Steuersenkung vom 2002 führten zum heutigen Investitionsbedarf mit den resultierenden Folgekosten, resp. mit einer massiven Neuverschuldung. Die Kenntnis der städtischen Finanzlage hinderte den Gemeinde- und Stadtrat allerdings nicht, zuletzt fast synchron mehrere grosse Investitionsprojekte (Schulhäuser, Eissportstätte, Strassensanierungsprojekte) zu verabschieden. Hinzu kommen verschiedene Beschlüsse durch den Gemeinde- und Stadtrat mit wiederkehrenden Ausgaben, die nicht im Voranschlag enthalten sind. Die in der Legislaturplanung geäusserte Absicht des Gemeinderates, bis ins nächste Jahr einen konkreten neuen Verwaltungsstandort zu entwickeln (Legislaturziel Nr. 24), veranschaulicht, angesichts der städtischen Finanzlage, die konzeptionellen Defizite der gegenwärtigen Finanzplanung. Den strukturellen Problemen der Stadtfinanzen wurde zuletzt lediglich mit dem Griff in die buchhalterische Trickkiste (Umgehung der kantonalen Abschreibepaxis) begegnet.

Die angespannte Finanzlage der Stadt und die anstehenden finanziellen Herausforderungen erfordern eine verlässliche Synopsis, die eine kohärente und langfristige Finanzplanung sicherstellt. Vergleichbar mit einer Unternehmung, sind auch die politischen Verantwortlichen bei Finanzentscheiden auf aktuelle Finanzdaten und eine gemeinsame Investitionsstrategie

angewiesen. Es muss, rechtzeitig vor der Budgetierung, einen Gesamtrahmen, eine Strategie für den Finanzhaushalt gemeinsam ausgehandelt werden.

Nun könnte man einwenden, die Finanzplanung ist gemäss der Gemeindeordnung Aufgabe des Gemeinderates (Art. 53). Und der Stadtrat kann via Voranschlag genügend Einfluss auf die finanziellen Eckwerte des Finanzhaushaltes nehmen. Doch die hohe Finanzkompetenz des Gemeinderates und die Erfahrung, dass bei der Budgetdebatte lediglich noch geringfügige Korrekturen angebracht werden, zeigen die Notwendigkeit für eine Optimierung des Steuerungsprozesses. Mit einer parteiübergreifende gemeinsamen Plattform zwischen Gemeinde- und Stadtrat könnte der Rahmen für neue Investitionen, deren Priorisierung und ggf. die Option für Mehreinnahmen unvoreingenommen, in einem grösseren Zusammenhang, betrachtet werden.